

Zeitschrift: Die Berner Woche in Wort und Bild : ein Blatt für heimatliche Art und Kunst
Band: 15 (1925)
Heft: 39

Rubrik: Aus der politischen Woche

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Seit ich dies Stücklein Kinderschiedsal kenne, bin ich viel strenger geworden gegen mich selbst. Wir reden so oft von Kinderfehlern und letzten Endes haben wir den Grund zu den allermeisten Fehlern unserer Kinder bei uns selbst zu suchen. Es ist ja nicht gerade leicht, sich das einzugestehen. Aber wer einmal so weit ist, wird allen Ernstes dahinter gehen, sich selbst immer wieder zu prüfen; er wird in erster Linie sich selbst erziehen. Dann wird sein Beispiel nachhaltiger wirken, als alle andern Erziehungsmittel es tun könnten. Wären wir Erzieher erzogener, so gäbe es weniger Kindersünden und darum weniger Kinderleid.

Aus der politischen Woche.

Die 6. Völkerbundsversammlung geht diese Woche zu Ende. Die Tagung wird allgemein als mühsam und uninteressant geschildert; sie bot bisher in der Tat keine Sensationen wie die letztjährige. Es fehlten die großen Redner und die bedeutsamen Reden. Man spürt es deutlich, daß ein anderer, schärferer, trockener Wind weht von den großen politischen Tribünen her. Als letztes Jahr Herriot und Macdonald ihre großzügigen, von verständlichem Geist getragenen Appelle an die Völker richteten, da ging es wie warmer Frühlingswind durch den Reformationsaal. Briand und Chamberlain verbreiteten bei ihrem Auftreten eine kühle, trockene Atmosphäre, die bis zum Schlusse herrschend geblieben ist in der Völkerbundsversammlung. Die nüchtern abwägende Diplomatie ist wieder Trumpf geworden; das spürt man allgemein. Das Protokoll, jener kühne Versuch, der Welt den Frieden zu sichern, ist durch die englische Regierung in die Ecke gesteckt worden. Die Väter des Gedankens des obligatorischen Schiedsgerichtsverfahrens, Benesch, Briand u., haben sich ins Unabänderliche gefügt, aber nicht ohne auf die Zukunft zu verweisen, die wieder zum Protokoll zurückkehren werde. Auch Bundesrat Motta, der Führer der schweizerischen Delegation, nahm Anlaß, für den Grundgedanken des Protokolls, die obligatorische Rechtsprechung durch den internationalen Gerichtshof einzustehen. Er verließ in der Samstag-Sitzung vom 12. September eine Resolution der schweizerischen Delegation, die der Versammlung die allgemeine Anerkennung dieses Grundgesetzes empfahl. Der japanische Delegierte, Graf Ishii, seinerseits trat für das Paktsystem, d. h. für die regionalen Sicherheitsverträge ein, wie sie jetzt im deutsch-französischen Sicherheitspakt zur Verhandlung stehen. Seiner Ansicht nach werden diese Verträge den Weltfrieden besser zu sichern imstande sein, als das Genfer Protokoll.

Der spanische Delegierte, Quinones de Leon, brachte hierauf seine Resolution ein, die das Protokoll auf eine anständige Art verabschieden soll, ohne es zu desavouieren. Diese Resolution erklärt als wichtigstes Bedürfnis der Gegenwart die Wiederherstellung des gegenseitigen Vertrauens unter den Völkern. Sie bezeichnet den Angriffskrieg als ein internationales Verbrechen und glaubt, daß der Abschluß gegenseitiger Friedensverträge als im Geiste des Völkerbunds Paktes und des Protokolls liegend zu begrüßen seien. Sie stellt aber auch fest, daß derartige Abmachungen nicht notwendigerweise auf ein bestimmtes Gebiet beschränkt werden müssen, sondern auf die ganze Welt ausgedehnt werden können. Sie spricht den Wunsch aus, daß die 7. Völkerbundsversammlung in der Lage sein werde, über die Fortschritte Bericht zu erstatten, die die Frage der allgemeinen Sicherheit durch diese Pakte gemacht worden sind.

Die allgemeine Zustimmung, die die spanische Resolution gefunden hat, beweist, daß man sich im Völkerbund mit Chamberlains Formel: besser die Kriege verhüten als die Angreifer zu bestrafen abgefunden hat.

Nicht so einig ging die Versammlung in der Frage der



Was man in Bern noch nicht hat: Den Strassenbürstenwagen.

Die mit dem Antistaubin geprengten Straßen brauchen nur gebürstet zu werden und die Staubbildung wird verhindert.

Abrüstung. Viele, namentlich die unterdrückten oder sich unterdrückt fühlenden Kleinstaaten wie Ungarn — auch Deutschland ist hierin gleicher Meinung — rufen: erst Abrüstung, dann Sicherung; denn jene bedingt diese. Demgegenüber geht heute die große Mehrheit mit der französischen Auffassung einig, die die drei großen Notwendigkeiten so reih: Sicherung, Schiedsgericht, Abrüstung.

Diese Reihenfolge wird wohl das nächste politische Geschehen beherrschen: Dem Rheinpakt wird der Ostpakt oder werden die Ostpakete folgen. Zu Paktverhandlungen erklärt sich auch Rumänien bereit, und schon zeichnen sich im Hintergrund der politischen Bühne die Umrisse eines russisch-polnischen Freundschaftsbündnisses ab.

Ja sogar die Türkei erklärt sich zu Paktverhandlungen mit dem Irak, mit England und Persien bereit. Aber wie dies gemeint ist, vernimmt man aus ihrem Verhalten in der

Mosulfrage.

Es zeigt sich immer deutlicher, daß die Machthaber in Angora das Wilajet Mosul unter allen Umständen für die Türkei gewinnen und daß sie es auch auf einen Krieg abkommen lassen wollen. Die Stellung des Völkerbundes in dieser Angelegenheit ist eine recht unsichere. Die Türkei ist nicht Mitglied des Völkerbundes. Der gegenwärtige türkische Delegationsführer Tewfik Ruchdi Bey will dem Völkerbundsrat keinerlei schiedsrichterliche, sondern nur vermittelnde Kompetenzen zubilligen; seine Haltung steht im Gegensatz zu der seines Vorgängers, Fethi Bey, der dem Rat „die Fülle der Befugnisse, die ihm durch Artikel 15 des Paktes verliehen sind“, zuerkannt hatte. Die türkische Erklärung hat in Genf berechtigte Aufregung hervorgerufen. Sie wurde abgegeben im Anschluß an den Beschluß des Komitees der Drei, das die Mosulfrage zu prüfen hat (Norden-Schweden, Quinones de Leon-Spanien und Dr. Guanés-Uruguay), eine Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes über die Frage zu veranlassen, welcher Natur die Entscheidung sei — ob vermittelnd oder schiedsrichterlich —, die der Rat zu treffen habe und ob sie einstimmig oder nur mehrheitlich gefaßt werden müsse. Die türkische Erklärung provozierte unmittelbar eine Erklärung des englischen Unterhändlers Amery, wonach England sich auch nicht mehr gebunden fühlt und für alle Fälle sich freie Hand vorbehält.

Die Mosulfrage wird also in dieser Session nicht entschieden. Die nächste Sitzung des Rates findet im Dezember, wie verlautet in Madrid, statt. Bis zu diesem Zeitpunkt dürfte der Entscheid des Internationalen Gerichts-

hofes in dieser Kompetenzfrage gefällt sein. Die Frage ist nur die, wie weit sich dann inzwischen die Angelegenheit entwickelt hat.

Auch wenn die Alarmnachrichten aus Mosul sich nicht restlos bewahrheiten, so darf man annehmen, daß die Türken schon alles getan haben, um die Mächte, die den Frieden zu vermitteln hätten, vor einem fait accompli zu stellen. Sie konzentrieren Truppen an den Grenzen des Wilajets, lassen diese die Grenzen überschreiten, christliche Dörfer überfallen und deren Bewohner zu Tausenden verschleppen. Es ist zu befürchten, daß sie sich der aus der Zeit der Armeniermordaktes genugsam bekannten Methode bedienen: Trennung der Familienglieder, Niederschlagung der Männer und Knaben, Vergewaltigung und zwangsweise Verschleppung der Frauen und Mädchen. Schreckliche Greuel mögen sich in diesen Tagen wieder in jenen unglücklichen Gegenden abspielen, während Ruchdi Bey in Genf mit der Miene heiligster Unschuld versichert, seine Regierung wisse nichts von solchen Vorgängen und protestiere kategorisch gegen die von den Engländern als Stimmungsmache ausgestreuten Gerüchte. Man kennt die türkischen Dementi aus der Zeit der Armenierniedermordung her. Wie lange noch muß die kultivierte Welt sich die Gesellschaft dieser kaltblühenden Christenmörder im Frack gefallen lassen? Und eben hat die Schweiz mit der Türkei einen „Freundschaftsvertrag“ abgeschlossen, unterschrieben von Herrn Motta, der letztes Jahr den Armenierwaisen in Beguin am Genfersee so schöne und tröstliche Worte gesagt hat.

Caillaux' Amerikafahrt.

Der französische Finanzminister ist am 16. September nach Washington abgereist. Man weiß, daß es sich um die französischen Schulden an Amerika handelt. Man kennt auch die hochgespannten Erwartungen, die ganz Frankreich ihm mit auf die Reise gab: Frankreich will nicht mehr zahlen, als es von Deutschland erhält. Es darf nicht mehr anbieten, als es England bewilligt hat, weil sonst dieser Schuldner seine Forderungen vertraglich an die amerikanischen anpaßt. Amerika, so vernimmt man, lehnte alle Vorbehalte mit kühler Geste ab. Es will ganz unbeeinflusst und ungebunden, ganz nur nach objektiven Erwägungen die Zahlungsfähigkeit der Franzosen prüfen und dementsprechend seine Entscheidungen treffen. Caillaux hat es in Washington nur mit kühlen Rechnern zu tun. Aber da er selber jeder Illusion abhold ist und als Mann des klaren Verstandes gilt, findet er drüben starke Sympathien, die Frankreich nützen können. Und so vernimmt man auch schon durch den Telegraph, daß die Grundlagen der Regelung der französischen Amerika-Schuld endgültig festgelegt worden sind:

1. Konsolidierung sämtlicher Schulden, der vor dem Waffenstillstand wie der nach ihm abgeschlossenen.
2. 62 Jahre Frist zur Rückzahlung der Schulden wie für Großbritannien und Belgien.
3. Zins von 3½ Prozent für die gesamte konsolidierte Schuld.
4. Rückwirkende Anwendung dieses herabgesetzten Zinsfußes der an die Stelle des gegenwärtig geltenden Zinsfußes von 5 Prozent treten wird. Auf diese Weise beträgt die Gesamtschuld Frankreichs rund 4½ Milliarden Dollar.
5. Frankreich zahlt jährlich 14 Millionen Dollar Zins (statt 20 Millionen) auf Konto der übernommenen Lager (Kriegsmaterialien). Die frei werdenden 6 Millionen Dollar werden als Zins dem Militärschuldkonto gutgeschrieben.
6. Frankreich wird eine Art Moratorium gewährt für die schuldigen Zinsen während der ersten 10—15 Jahre.

Caillaux hat erreicht, was zu erwarten war: Loyale, aber rechnerisch bestimmte Bedingungen. Es bleibt die Tatsache, daß Frankreich zahlen muß; theoretisch bis auf den letzten Centime. Frankreich, der ehemalige Rentnerstaat, ist durch den Weltkrieg ein Schuldnerstaat geworden. Aber welcher europäische Staat ist besser dran? Alle sind sie Amerika

tributpflichtig geworden und zwar — die übrigen Abmachungen sind abzuwarten — auf volle 62 Jahre, zwei Generationen, hinaus. Zwei Generationen! Wird diese Schicksalsgemeinschaft Europa nicht die Augen öffnen? Wird sie nicht die Grundlage zu einer Interessengemeinschaft werden? Wenn diese Schuldnerschaft der Neuen Welt gegenüber als der einzige Gewinn aus der gegenseitigen Uneinigkeit erkannt sein wird, dann dürfte Europa reif sein zu den „Vereinigten Staaten Europas“; und dann dürfte sich auch die Situation Amerika gegenüber von Grund auf ändern. Mit Spannung schaut die Welt auf die kommenden Verhandlungen der

Ministerkonferenz über den Sicherheitspakt.

Sie wird am 5. Oktober sehr wahrscheinlich in Luzern — beginnen. Außer den Außenministern der direkt beteiligten Mächte Deutschland, Frankreich, England und Belgien wird auch Italien sich vertreten lassen. Ferner haben die Tschechoslowakei und Polen ihr Interesse angemeldet. Ob sie zur Teilnahme direkt eingeladen werden oder ob sie sich bloß als Beobachter einfinden werden, ist noch nicht entschieden.

Der Vorstoß der Deutschnationalen gegen die unverfäulerte Beteiligung Deutschlands scheint abgebremst worden zu sein. Die Forderung des deutschnationalen Führers Hergt, die Ministerkonferenz nur unter der Bedingung zu beschicken, daß die Ententemächte die bindende Zusicherung geben, daß das Deutschland entrissene Land wieder zurück-erstattet werde, fand ein so schlechtes Echo, daß Hergt selber sich beeilte, die Forderungen als nicht richtig wiedergegeben zu dementieren. Es darf als sicher angenommen werden, daß die deutsche Delegation sich in der angekündigten Zusammensetzung: Dr. Luther, Dr. Stresemann und Dr. Schiele (deutschnationaler Innenminister) am Verhandlungstische einfinden wird. Die Situation wird auch diesmal die von den Deutschen nicht gewünschte sein: kein runder Tisch mit gleichmäßig verteilten Partnern, sondern zwei Parteien, die einander geschlossen gegenüber sitzen — hier die Deutschen, dort die geeinigten Alliierten. Es ist die von Briand und Chamberlain gewünschte und herbeigeführte Situation.

Mussolinis Politik

ist nach wie vor rätselhaft. Im Innern verfolgt sie unentwegt die eine gerade Linie der gewaltsamen Unterdrückung jeder Opposition. Man muß sagen: bis heute hat er Erfolg gehabt, schier restlosen Erfolg. Die Aventin-Opposition schießt sich an, klein bei zu geben. Die Maximalisten haben die Rückkehr ins Parlament auf die nächste Sitzung im Dezember beschlossen. Die bürgerliche konstitutionelle Gruppe unter Salandra, Giolitti und Orlando wird ihr notgedrungen folgen, ebenso die katholische Volkspartei. Die unzufriedenen Sozialisten haben sich noch nicht entschieden. Die Faschisten triumphieren und verzeichnen einen neuen glänzenden Sieg. Mit Selbstbewunderung konstatiert Farinacci die Macht des Fascio: 700.000 organisierte Mitglieder, eine ohnmächtige Opposition, die gesamte Staatsmacht fest in den Händen, steigende Lira — und Mussolini bestätigt mit Schmunzeln: es ist so und wird so bleiben.

Nach außen trägt Mussolini die Maske des unberechenbaren Diplomaten vom sacro egoismo-Typ. Für den westlichen Sicherheitspakt meldet er Italiens Ansprüche an, ohne irgendwie sich binden zu wollen. Die Anschluß- und Brennerfrage existiert für ihn nicht. Inzwischen schließen seine Faschisten in Brixen alle Läden, wo auf Paketen ein einziges deutsches Wort gefunden wird. Merkwürdigerweise interessiert sich Mussolini für Lettland, dessen Außenminister in Rom freundschaftlich empfangen wird. Italien will sich offenbar Einfluß verschaffen im Baltikum, um von hier aus eine Annäherung Rußlands mit Polen herbeizuführen. Mussolini spielt ganz offenbar gegen Frankreich-England, wobei er allerdings in Briand und Chamberlain raschentschlossene und sicher handelnde Gegner finden dürfte. Das Spiel ist interessant, aber wenig erhehend.